

»Die Prioritäten haben sich verschoben«

Interview mit dem tschadischen Abgeordneten Béral Mkaikoubou über die Rolle des Tschad in der Sahel-Region

Helga Dickow: Der Tschad befindet sich seit Jahren in einer sehr angespannten politischen Situation. Sie sind Mitglied der Oppositionspartei MPTR (Mouvement des Patriotes Tchadiens pour la République) und Abgeordneter im Parlament. Welches sind Ihrer Meinung nach die dringlichsten Probleme des Landes?

Béral Mkaikoubou: In den nächsten Jahren stehen verfassungsgemäß drei Wahlen an: Dieses Jahr sollten noch die Regionalwahlen stattfinden, nächstes Jahr die Parlamentswahlen und 2016 die Präsidentschaftswahlen. Die Organisation dieser Wahlen ist entscheidend für die Zukunft des Landes: Es soll keine Stimmzettel mehr geben, sondern eine elektronische Stimmabgabe. Damit wäre keine Manipulation im Vorfeld möglich und die Ergebnisse wären nicht anfechtbar. Es würden endlich transparente Wahlen stattfinden. Voraussetzung für ein biometrisches Wahlverfahren sind allerdings ein Zensus der gesamten Bevölkerung und die Veröffentlichung dessen Ergebnisse.

Ist das bis zu den nächsten Wahlen noch realisierbar?

► Die Einführung biometrischer Wahlverfahren ist möglich. Der Zeitrahmen für die nächsten Wahlen könnte dann jedoch nicht mehr eingehalten werden – allem vorausgesetzt, die Opposition behält ihre Haltung bei: Keine Wahlen ohne Biometrie! Bereits 2011

»Der Tschad kam nicht umhin, in Mali zu intervenieren«

sollten die Wahlen biometrisch durchgeführt werden. Dann war jedoch angeblich nicht genügend Geld vorhanden und der Zeitrahmen zu knapp.

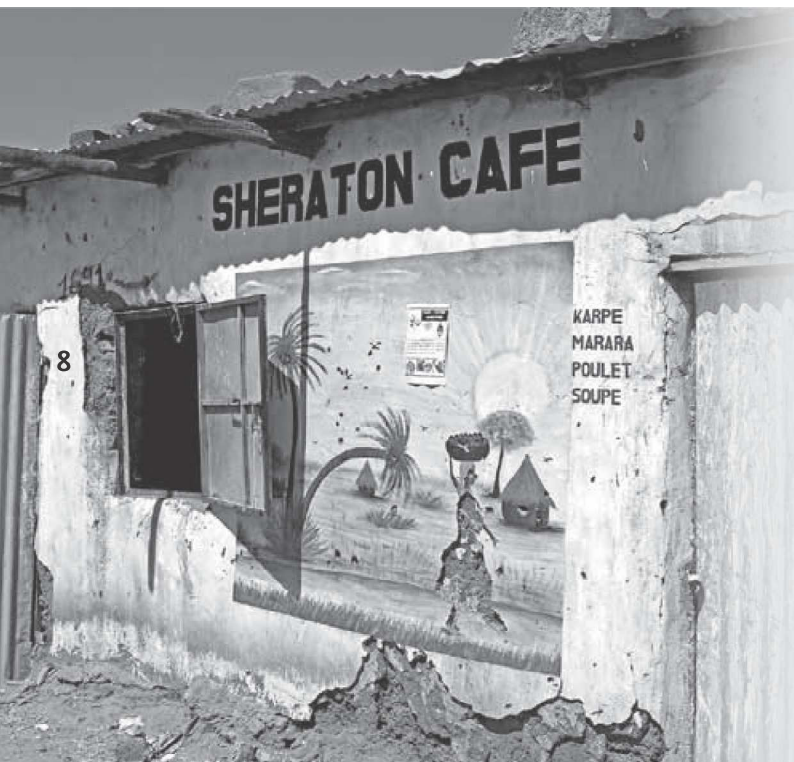
Seit über zwei Jahren spielt der Tschad eine bedeutende militärische Rolle in der Region. Was halten Sie davon?

► Der Tschad kann sich dieser Rolle nicht entziehen, da der Islamismus an Stärke gewinnt und alle betrifft. Wenn man ihn nicht umgehend bekämpft, wird die ganze Region in Flammen aufgehen.

So gesehen kam der Tschad nicht umhin, in Mali zu intervenieren. Allerdings war der Konflikt in Mali für den tschadischen Präsidenten Idriss Déby auch ein Geschenk des Himmels. Er hat Déby geholfen, sich international gut zu positionieren.

Die letzte Präsidentschaftswahl 2011 wurde von der Opposition boykottiert. International wird die Regierung Déby international auch wegen Missachtung der Menschenrechte, willkürlichen Verhaftungen, der Einschränkung der Pressefreiheit usw. kritisiert. Die Intervention in Mali ermöglichte Déby, sich innerhalb der internationalen Gemeinschaft neu zu positionieren – vor allem gegenüber Frankreich.

Déby wurde von der französischen Linken immer misstrauisch beäugt. Die linken Parteien haben ihn nicht systematisch unterstützt – anders als die rechten. Hollande hielt sich nach seinem Wahlsieg Déby gegenüber zuerst bedeckt. Als sie sich dann trafen, war klar,



Idylle mit Einschusslöchern

Vom Outlaw zum Verbündeten

von Helga Dickow

► Dem tschadischen Präsidenten Idriss Déby Itno – seit 1990 an der Macht – gelang in den letzten beiden Jahren ein bemerkenswerter internationaler Aufstieg. Bis vor kurzem stand die Regierung aufgrund von Menschenrechtsverletzungen, der Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, der Ausschaltung kritischer Stimmen der politischen Opposition sowie Repression gegen die Zivilgesellschaft international in der Kritik. Seit dem Krieg im Norden Malis und dem Vorrücken radikal-islamistischer Kräfte im Sahel hat sich das entscheidend geändert: Der Tschad präsentiert sich der Welt als Garant für Stabilität in einer von Kriegen und Krisen geprägten Region und gilt als Verbündeter im Kampf gegen islamistische Gruppierungen.

Entscheidend für den Machtausbau der herrschenden Gruppe um Idriss Déby Itno war der Zugriff auf Öleinnahmen. Diese nutzte die Regierung zur massiven militärischen Aufrüstung und konnte so die Angriffe von wiederholt aus dem Sudan anrückenden tschadischen Rebellen erfolgreich bekämpfen. Ein Friedensschluss mit der sudanesischen Regierung 2010 befriedete die Ostgrenze.

dass Frankreich Déby brauchte. Auch bei Hollandes letzter Reise in den Tschad war zu beobachten, wie zufrieden der französische Staatschef über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik ist. Er hat nicht über die Frage der Menschenrechte gesprochen.

Welche Position erwarten Sie von der französischen Regierung?

► Als linker Politiker hätte ich von einer linken französischen Regierung mehr Kritik erwartet. So hat Mitterrand 1990 in seiner programmatischen Rede in La Baule verkündet, undemokratische Regime nicht mehr zu unterstützen. Damit läutete er den Beginn der Demokratisierung im frankophonen Afrika ein.

Mit der Bedrohung durch Al-Qaida und Boko Haram haben sich die Prioritäten der Debatte verschoben. Das Bedürfnis nach Sicherheit verändert alles. Und Déby ist militärisch sehr gut ausgerüstet: Aus geopolitischer Sicht stellt er für Frankreich einen idealen Bündnispartner dar. Schließlich steht in der Region noch eine Vielzahl von ungelösten Krisen und Konflikten an, wie im Südsudan, in Darfur, Libyen und in der Zentralafrikanischen Republik. Nigeria ist militärisch nicht stark genug, um sich Boko Haram entgegenzustellen. Und Anhänger von Boko Haram sind jetzt schon im Niger. Wer bleibt da noch übrig? Déby hat den Militäretat dank der Öleinnahmen stark erhöht. Zu Beginn der Ölförderung 2003 hatte der Tschad kein einziges Militärflugzeug, inzwischen sind es 24. Die Armee ist bestens ausgerüstet.

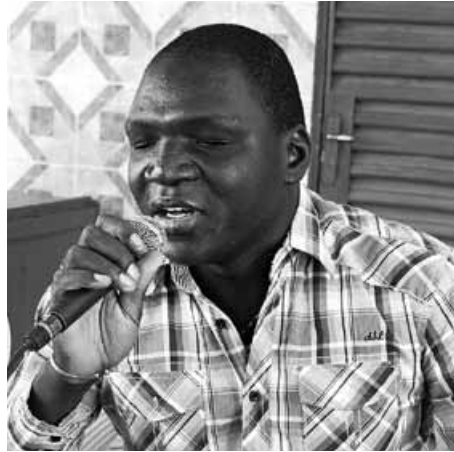
Ich glaube jedoch nicht, dass die internationale Gemeinschaft sich wirklich täuschen lässt. Das tschadische Kontingent der Ope-

ration MINUSCA rückte aus der Zentralafrikanischen Republik ab, nachdem es dort nicht gerade als Beschützer agiert hatte und in die internationale Kritik geraten war. Und in Mali erhielt nicht ein tschadischer, sondern ein erfahrener ruandischer General den Oberbefehl über die MISCA, obwohl der Tschad das größte Kontingent entsandt hatte. Die Menschen wissen um die politischen Defizite des Landes. Aber aus militärischer Sicht gibt es in der Region eben keine Alternative.

Wie sehen Sie die unmittelbare Zukunft im Tschad?

► Im Moment hege ich keine großen Hoffnungen. Die Menschen im Tschad sind nicht in der Lage, entschlossen auf die Straße zu gehen und so zu demonstrieren, dass es Auswirkungen auf die Regierung hätte. Zudem zeigt sich die internationale Gemeinschaft gegenüber dem tschadischen Präsidenten derzeit sehr zuvorkommend. Da es keinen offenen Konflikt im Land gibt, wird gerne von Frieden gesprochen. Ich weiß aller-

dings auch nicht, welche militärische Rebellion die Macht stürzen könnte. Was können wir also erwarten? Einen Staatsstreich aus dem inneren Zirkel der Macht? Den natürlichen Tod Débys? Ich weiß wirklich nicht, was uns in naher Zukunft erwartet.



Béral Mkaikoubou

Fotos: H. Dickow

► **Béral Mkaikoubou** ist Journalist, Autor mehrerer Bücher sowie Sänger und Abgeordneter im tschadischen Parlament. Er war der erste blinde Tschader mit Abitur und ist der erste blinde Parlamentarier. *Interview und Übersetzung: Helga Dickow.*

Aus internationaler Sicht gilt der Tschad seither als stabil. Aber im Inneren bleiben die Repressionen und eine zunehmende Verarmung.

Neben der militärischen Aufrüstung dienen die Öleinnahmen der persönlichen Bereicherung von Mitgliedern der regierenden ethnischen Gruppe und der strategischen Anbindung politischer GegnerInnen. Gegenseitige Abhängigkeitsbeziehungen sind die Folge – sowie der Verlust der Glaubwürdigkeit in den Augen der Bevölkerung. Nur wenige OppositionspolitikerInnen widerstehen der Versuchung, zumindest kurzfristig hochrangige Posten in Politik und Verwaltung zu besetzen.

Die tschadische Armee gilt inzwischen als die am besten ausgerüstete und ausgebildete im Sahel. Sie beteiligte sich 2013 an der Operation Serval im Norden Malis und an der darauf folgenden UN-Blauhelm-Mission MINUSMA. Frankreich hat die Operation Serval im August zu einer Anti-Terror-Operation im Sahel ausgeweitet, mit französischen Truppenverbänden in Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und dem Tschad. Als Sitz des Hauptquartiers der neuen Operation Barkane wählte Frankreich N'Djamena, die Hauptstadt des Tschad. Im Oktober 2013 wurde der Tschad turnusgemäß als nicht-ständiges Mitglied für zwei Jahre in den UN-Sicherheitsrat gewählt.

Die tschadische demokratische Opposition hat es vor diesem Hintergrund immer schwerer, international Gehör zu finden und

auf die demokratischen Defizite aufmerksam zu machen. So wurde der prominente Abgeordnete Gali Gatta Ngothé wiederholt unter fadenscheinigen Vorwänden verhaftet – ohne Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität. Im Vorfeld der nächsten Präsidentschaftswahlen sollte eine kritische Beobachtung des Wahlprozesses stattfinden, die dem Wunsch der tschadischen Bevölkerung nach Demokratie entspricht. Eine Besonderheit der Wahlen ist ein geplantes biometrisches Wahlverfahren, das vor allem die Opposition fordert. Sie verspricht sich von der Einführung biometrischer Wahlausweise – und damit der Möglichkeit, die Identität der WählerInnen eindeutig zu überprüfen – die Verhinderung von massiven Wahlfälschungen durch doppelte Stimmabgabe oder durch schon ausgefüllte Stimmzettel. In einem Land, in dem es nur ungenaue Zensusdaten gibt und die Regierungspartei als einzige in der Lage ist, in allen Regionen Wahlkampf zu führen, sind Wahlfälschungen leicht möglich. Béral Mkaikoubou gehört zu den wenigen tschadischen Oppositionellen, die den Mut haben, ihre Ansichten offen auszusprechen.

► **Helga Dickow** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arnold-Bergstraesser-Institut. Ihr Forschungsinteresse gilt der Politik und Religion in der Sahel-Region.